

Aufbauhilfe REACT-EU

Angesichts der COVID-19-Pandemie schlug die Kommission das REACT-EU-Paket für die Regionen vor, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Damit werden zusätzliche Mittel in Höhe von 47,5 Mrd. EUR bereitgestellt, und es bietet den Mitgliedstaaten flexible Möglichkeiten, mithilfe von Unionsmitteln gegen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus vorzugehen. Außerdem stellt das Paket eine Ergänzung zu zwei früheren Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Rahmen der Kohäsionspolitik dar. Das Europäische Parlament soll bei seiner Plenartagung im Dezember über die Annahme seines Standpunkts in erster Lesung zu der vorgeschlagenen Verordnung abstimmen, womit es die politische Kompromisseinigung bestätigt, die im November mit dem Rat erzielt wurde.

Hintergrund

Am 28. Mai 2020 nahm die Kommission den [Vorschlag](#) für die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) mit dem Ziel an, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie einzudämmen. Darin schlägt die Kommission Änderungen der [Verordnung \(EU\) Nr. 1303/2013](#) (Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Jahre 2014–2020) als Ergänzung zu zwei früheren [Investitionsinitiativen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise](#) vor, mit denen die Bestimmungen der Kohäsionspolitik flexibler gestaltet wurden, um den Aufbau zu fördern. Ziel von REACT-EU ist, den Anstieg der Ungleichheiten und eine ungleichmäßige Erholung zu verhindern, indem die Krisenreaktion in den Regionen, die von der Krise am stärksten betroffen sind, gefördert wird.

Vorschlag der Kommission

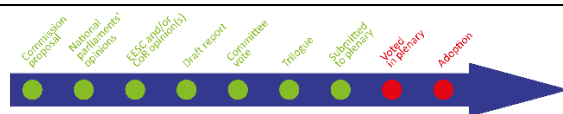
Die Kommission schlug vor, REACT-EU mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 54,8 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018) für den Zeitraum 2020–2022 für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen auszustatten. Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 4,8 Mrd. EUR für 2020 sollten den aufgestockten Kohäsionsmitteln im Rahmen des MFR für 2014–2020 entnommen werden, während die neuen Ressourcen in Höhe von 50 Mrd. EUR für 2021–2022 aus dem Aufbauinstrument der Europäischen Union (NextGenerationEU) stammen sollten. Bei dem [Zuweisungsverfahren](#) werden die Auswirkungen der Krise auf das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten berücksichtigt, wobei ein bestimmter Betrag für die Gebiete in äußerster Randlage vorgesehen ist. Der Europäische Rat vom [17.–21. Juli 2020](#) senkte die zugewiesenen Mittel auf 47,5 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018), die ohne zusätzliche Kohäsionsmittel nur aus NextGenerationEU für 2021 und 2022 stammen sollten. Die Unterstützung sollte für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung von Kompetenzen, die Bereitstellung von Betriebskapital und Investitionen für KMU sowie die Förderung des grünen und digitalen Wandels zur Verfügung stehen. Die Mittel sollten für die am stärksten von der Krise betroffenen Bereiche bestimmt sein, etwa Gesundheitsversorgung, Tourismus und Kultur. REACT-EU kann auch der Unterstützung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und technischen Assistenz dienen. Die Mitgliedstaaten könnten flexibel Gelder zwischen Strukturfonds, Programmen und Kategorien von Regionen transferieren.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Am 7. September 2020 nahm der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments seinen [Bericht](#) über den Vorschlag an. In der letzten Trilogssitzung vom 18. November 2020 wurde eine politische [Einigung](#) mit dem Rat erzielt, wobei viele Punkte aus dem REGI-Bericht berücksichtigt wurden. In der Einigung wird betont, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Klimaschutzziele bei dem Aufbau nach der Krise unterstützt werden müssen. Außerdem sei es möglich, die [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) zu unterstützen. Der Beginn des Zeitraums der Förderfähigkeit für REACT-EU-Mittel wird auf den 1. Februar 2020 festgesetzt, und es wird bestätigt, dass im Rahmen von REACT-EU geförderte Maßnahmen bis Ende 2023 ausgewählt werden können. Ferner wird der Beschluss des Europäischen Rates

vom Juli bestätigt, wonach REACT-EU ohne zusätzliche Kohäsionsmittel für 2020 mit Mitteln in Höhe von 47,5 Mrd. EUR aus NextGenerationEU für den Zeitraum 2021–2022 ausgestattet wird. Der vereinbarte Wortlaut wurde am 3. Dezember vom REGI-Ausschuss genehmigt, nun soll im Plenum darüber abgestimmt werden.

Bericht für die erste Lesung: [2020/0101\(COD\)](#); federführender Ausschuss: REGI; Ko-Berichtersteller: Andrey Novakov (PPE, Bulgarien) und Constanze Krehl (S&D, Deutschland).



Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2020.

